

*Frau
Präsidenten des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

21 - 1252

Eisenstadt am 02.05.2019

Selbstständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Schluss mit Importschummel bei Hühnerfleisch“

Ingrid Salamon 

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Schluss mit Importschummel bei Hühnerfleisch“

Das Burgenland nimmt mit seiner kleinstrukturierten Landwirtschaft und einem im Österreichvergleich hohen Bioanteil eine besondere Stellung in der nationalen aber auch in der europäischen Landwirtschaft ein. Dazu bekannte sich auch der Burgenländische Landtag mit zwei Beschlüssen Ende 2018. Ebenso stehen für burgenländische Lebensmittelproduzenten artgerechte Tierhaltung und die Einhaltung höchster Produktionsstandards an oberster Stelle.

Aktuell ist vor allem die burgenländische Geflügelwirtschaft mit einer neuen, unlauteren Praktik konfrontiert: Die aus gutem Grund strengen EU-Importbeschränkungen für Hühnerbrüste würden, übereinstimmenden Medien- und Zeitungsberichten zufolge, seit Jahren durch den ukrainischen Agrarkonzern MHP mit einem simplen Trick und mit Krediten aus EU-Ländern umgangen. Beim Zerlegen der Tiere in der Ukraine bleibe ein Knochen an den Hühnerbrüsten, wodurch das Fleisch als minderwertig klassifiziert unbegrenzt in die EU eingeführt werden können. Partner-Betriebe in der EU entfernen die Knochen in einem weiteren Schritt. Die Hühnerbrüste gelten wieder als EU-Produkt und können als solches in der EU verkauft, und auch zollfrei in Drittmärkte exportiert werden.

Es lässt sich Fachleuten zufolge bisher nicht mit Sicherheit sagen, ob dieses unter Umgehung der Importbeschränkungen von der Ukraine in die EU eingeführte Hühnerfleisch auch in heimischen Küchen landet. Allerdings ist laut einem Bericht der Tageszeitung Kurier der Geflügelimport aus der Ukraine nach Österreich im Vorjahr um mehr als 170 Prozent gestiegen. Heimische Geflügelzüchter vermuten, dass diese Menge besonders in der Gastronomie, in Großküchen und Kantinen verarbeitet wird. Es liegt daher der Schluss nahe, dass sich darunter auch Ware des ukrainischen Marktführers MHP befindet.

Kontrollen von Tierhaltungsanlagen in der Ukraine sind generell als lückenhaft und nicht den EU-Standards entsprechend zu bezeichnen. Eine Prüfung von MHP durch die EU-Kommission ergab konkret Verstöße gegen die EU-Richtlinien bei der Schlachtung.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, sie möge auf europäischer Ebene

- alle Maßnahmen ergreifen, um die Umgehung der bisherigen Importbeschränkungen für Hühnerfleisch aus der Ukraine nach Österreich zu verhindern und gegen jegliche Änderung des Abkommens mit der Ukraine aufzutreten, die ein Umgehen der Importbeschränkungen legalisieren könnte.
- umgehend, indirekte Subventionen für Hühnerprodukte des Konzerns MHP in der Ukraine mit österreichischem Steuergeld über die Europäische Bank für regionale Entwicklung (EBRD) in Form von Krediten oder Investitionen stoppen.
- für eine europaweite verpflichtende Herkunftskennzeichnung von verarbeiteten Lebensmitteln eintreten.